



Nr. 29

26. August 2021

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde 2021

[Öffentlicher Dienst: dbb fordert mehr Geld für Beschäftigte der Länder](#)

dbb senioren

[Bundestagswahl 2021: Klitzing formuliert Erwartungen an neue Regierung](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

[Amtsangemessene Alimentation: Musterantrag veröffentlicht](#)

VDStra., komba, BTB-GIS, DVG

[Autobahn GmbH: dbb Fachgewerkschaften gewinnen Betriebsratswahl](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn: Eindrucksvoller zweiter Arbeitskampf](#)

komba gewerkschaft

[Frühkindliche Bildung: Qualität und Quantität finden nicht zusammen](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Politische Gespräch zur Zukunft des Zolls – Wahlprüfsteine veröffentlicht](#)

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

[Verzinsung von Steueransprüchen: Karlsruhe schafft Klarheit](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Kitaleitungs-Studie: Dramatische Personalunterdeckung](#)

Deutscher Philologenverband (DPvH)

[Neue Schulfinanzierung gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde 2021

Öffentlicher Dienst: dbb fordert mehr Geld für Beschäftigte der Länder

Deutschland braucht eine starke staatliche Daseinsvorsorge. Deshalb muss die Bezahlung im Landesdienst um 5 Prozent steigen – mindestens aber um 150 Euro.

Im Oktober starten die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Bundesländer. Bei der Vorstellung der gewerkschaftlichen Forderungen am 26. August 2021 in Berlin sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach: „In den vergangenen Monaten wurde uns erneut vor Augen geführt: Ein personell auf Kante genähter und schlecht ausgerüsteter öffentlicher Dienst kann verheerende Folgen haben. Ohne eine gut aufgestellte Verwaltung bleibt jede Gesetzgebung nur Stückwerk – ob bei Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Finanzen oder einem der vielen anderen Politikfelder. Deshalb muss jetzt investiert werden, auch und gerade in die Bezahlung. Nicht nur, um die zahllosen offenen Stellen zu besetzen, um Nachwuchs- und Fachkräfte zu werben. Sondern auch, um den Kolleginnen und Kollegen, die dieses Land allen Widrigkeiten zum Trotz am Laufen halten, die verdiente Wertschätzung zu zeigen.“

Silberbach betonte zudem, dass der dbb eine Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und Kommunen erwarte. „In zu vielen Bundesländern müssen wir mittlerweile die Gerichte bemühen, um eine verfassungskonforme Besoldung durchzusetzen. Das ist ein Armutszeugnis für die betroffenen Landesregierungen. Ich erwarte daher, dass das Volumen des hoffentlich zügig erzielten Tarifabschlusses unverzüglich systemgerecht auf den Bereich der verbeamteten Kolleginnen und Kollegen übertragen wird.“

Der dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer warnte die Arbeitgeberseite (TdL - Tarifgemeinschaft deutscher Länder), vertreten durch den niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers, vor einem harten Tarifkonflikt: „Es gibt Forderungen aus dem Arbeitgeberlager, durch Neubewertungen beim sogenannten ‚Arbeitsvorgang‘ die Eingruppierung zu verändern. Die Folge wäre, dass für tausende Stellen zukünftig geringere Einkommen gezahlt würden. Das hat nichts mit Wertschätzung zu tun und verschlechtert die Position des öffentlichen Dienstes im Werben um Fach- und Nachwuchskräfte massiv. Diesen Angriff auf die Bezahlung der Beschäftigten werden wir auf keinen Fall hinnehmen.“

Hintergrund

Am 8. Oktober 2021 starten in Berlin die Verhandlungen für den Tarifvertrag der Länder (TV-L). Davon sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte betroffen: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen, das eigene Verhandlungen führt), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen. Die zweite und dritte Verhandlungsrunde finden am 1./2. November 2021 und am 27./28. November 2021 in Potsdam statt. Mehr Informationen auch unter:

www.dbb.de/einkommensrunde.

dbb senioren

Bundestagswahl 2021: Klitzing formuliert Erwartungen an neue Regierung

Der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing hat am 19. August 2021 mit Blick auf die Bundestagswahl die drängendsten Themen der Seniorinnen und Senioren im dbb benannt: Rentenniveau, Pflege, Teilhabe, Mobilität, Digitalisierung und Klimaschutz.

„An erster Stelle unserer Erwartungen an die neue Bundesregierung steht die Sicherung des Rentenniveaus über das Jahr 2025 hinaus und damit verbunden eine klare Absage an das Konzept einer Bürgerversicherung, die unserer Auffassung nach langfristig weder geeignet ist, die Altersversorgungssysteme zu stabilisieren, noch, Kosten zu senken“, so Klitzing.

Außerdem erwarte man ein schlüssiges Konzept für die Pflege. „Hier ist allen Reformbemühungen zum Trotz noch viel Luft nach oben, was Personalisierung, Finanzierung und Belastung aller Betroffenen bei stationärer wie ambulanter Pflege betrifft“, machte der Chef der dbb senioren deutlich.

Mit Blick auf Teilhabe und Mobilität der älteren Generation forderte Klitzing eine Verbesserung der barrierefreien Mobilitätsangebote in allen Teilen Deutschlands. „Darüber hinaus bedeutet Teilhabe auch, dass ältere Menschen bundesweit die Möglichkeit haben müssen, von gleich verteilten Angeboten des Gesundheitswesens profitieren zu können, ohne zum Beispiel im ländlichen Raum weite Wegstrecken in Kauf nehmen zu müssen.“

Auch in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz haben die dbb Senioren klare Vorstellungen von gelungener Politik. Klitzing: „Es ist wichtig, dass die älteren Menschen bei allen Weiterentwicklungen im Bereich der digitalen Technik und der Anwendung von Künstlicher Intelligenz mitbedacht und besonders unterstützt werden. Zuletzt müssen alle künftigen Maßnahmen zum Klimaschutz so konzipiert werden, dass sie keine besonderen zusätzlichen Einschränkungen für ältere Menschen zur Folge haben.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Saarland

Amtsangemessene Alimentation: Musterantrag veröffentlicht

Im Hinblick auf die Besoldungsentwicklung im Saarland seit 2011, der aktuellen Entwicklung der Rechtsprechung und einer möglichen Rechtswahrung stellt der dbb saar den Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern des Landes und der Kommunen wie in den Vorjahren einen Musterantrag auf amtsangemessene Alimentation beim Dienstherrn zur Verfügung.

Der dbb saar wies am 23. August auf seiner Internetseite ferner darauf hin, dass die gestellten Anträge auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation in den Jahren 2011 bis 2015 noch Rechtsgültigkeit haben. Die neuen Musteranträge auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation für das Haushalts-

jahr 2021 stellen die jeweiligen Fachgewerkschaften des dbb ihren Mitgliedern zur Verfügung.

Weitere Informationen zur Ausgangslage, der einschlägigen Rechtsprechung sowie zu noch offenen Verfahren gibt es auf dbb-saar.de.

VDStra., komba, BTB-GIS, DVG

Autobahn GmbH: dbb Fachgewerkschaften gewinnen Betriebsratswahl

Eindeutig und überzeugend haben die Fachgewerkschaften des dbb (VDStra., komba, BTB-GIS, DVG) die ersten Betriebsratswahlen bei der Autobahn GmbH gewonnen.

Am Ende der langen Abstimmungsphase konnten die dbb Gewerkschaften 34 der 52 Sitze im Gesamtbetriebsrat der Autobahn GmbH für sich gewinnen (auf ver.di entfielen 17 Sitze; die freie Liste erhielt einen Sitz).

Roland Kristeleit, neugewählter Vorsitzender des Betriebsrats, begann seine Arbeit mit einem dreifachen Dank: „Klar, danke ich unseren Wählerinnen und Wählern, die unsere bisherige Arbeit und unsere Ideen für die Zukunft honoriert haben. Ich danke den vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich als Kandidaten für die Wahl zur Verfügung gestellt haben. Ohne Euch funktioniert es nicht. Und ich danke schließlich den Wahlvorständen, die für einen

reibungslosen Ablauf der ersten Betriebsratswahlen gesorgt haben.“

Kristeleit weiter: „Die Freude über den Wahlsieg ist groß – die anstehenden Aufgaben sind es auch. Im zurückliegenden Wahlkampf haben wir nicht nur unsere Kandidaten und Ziele vorgestellt. Wir haben auch gut zugehört. Klar ist, bei der noch jungen Autobahn GmbH läuft noch längst nicht alles rund. Wir haben jetzt Euer Mandat, uns einzumischen und offensiv mitzugestalten. Das werden wir tun. Und darüber werden wir regelmäßig berichten.“

Trotz der Pandemie war es VDStr., komba, BTB-GIS und DVG gelungen, in engem Kontakt mit den Beschäftigten zu bleiben. Die Nähe zu den Beschäftigten und zu den Problemen hat sich jetzt ausgezahlt. Die Beschäftigten der Autobahn GmbH hatten dafür gesorgt, dass die Bewältigung des ersten Winters der Autobahn GmbH reibungslos funktioniert hat. Der neue Betriebsrat wird nun den Arbeitgeber in die Pflicht nehmen, um die vielen kleineren und größeren Probleme anzugehen. Das reicht von der Arbeitskleidung, über eine unterschiedliche Anwendung des Tarifvertrags bis hin zu Unterschieden bei der Eingruppierung. Noch ist nicht erreicht, dass bundesweit die gleiche Tätigkeit und der gleiche Titel auch zur gleichen Eingruppierung führen.

„Wir haben als dbb maßgeblich den Tarifvertrag für die Autobahn GmbH mitgestaltet“, erläutert dbb Tarifchef Volker Geyer. „Dieser Vertrag kann sich sehen lassen. Wir haben beim Abschluss zu Recht behauptet, dass der Vertrag Verlässlichkeit, Schutz und Perspektive bietet. Wir sind froh, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Niederlassungen und Außenstellen uns erneut das Vertrauen geschenkt haben, damit unsere Fachgewerkschaften die begonnene Arbeit nun fortsetzen können.“ Das Motto der dbb Fachgewerkschaften „Mit Sicherheit – Mit Kompetenz – Miteinander – Für Dich“ bleibe auf jeden Fall aktuell und sei Verpflichtung für die Arbeit der nächsten Jahre.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn: Eindrucksvoller zweiter Arbeitskampf

Nach der zweiten Streikphase zieht die GDL eine positive Bilanz. „Das hat gegessen“, sagte der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky am 25. August 2021.

„War schon der erste Streik erfolgreich, so haben die Beschäftigten im zweiten Arbeitskampf noch einmal kräftig nachgelegt. Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner sind es leid, von ihrem Arbeitgeber Deutschen Bahn (DB) belogen, betrogen und missachtet zu werden“, machte Weselsky deutlich. An jedem Streiktag seien mehr als 1.000 Züge im Personenverkehr ausgefallen. Auch bei der Streikbeteiligung habe es einen spürbaren Sprung nach oben gegeben – auf insgesamt mehr als 10.000 Teilnehmende (bezogen auf die gesamte Streiklänge).

„Der Arbeitgeber wäre gut beraten, die GDL nicht weiter herauszufordern und die Auswirkungen klein zu reden. Die DB versucht die Beteiligung der weiteren Eisenbahner, wie beispielsweise Fahrdienstleiter und Werkstatt, mit Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz zu unterlaufen und spielt damit bewusst mit der Sicherheit des Eisenbahnsystems“, erklärte der GDL Chef. „Wir danken insbesondere diesen Berufsgruppen wie auch allen weiteren Mitgliedern ausdrücklich für die Unterstützung. Es zeigt auf, dass die GDL-Mitglieder den eingeschlagenen Kurs nicht nur mittragen, sondern ausdrücklich eine Fortsetzung erwarten.“

Der Druck auf die DB wachse – und werde das auch weiter tun. Nicht nur die GDL-Mitglieder, auch viele Nicht-Mitglieder und Konzernbe-

schäftige, Medien und Öffentlichkeit begegneten dem Arbeitgeber DB zunehmend mit Unverständnis, weil er so uneinsichtig gegen die eigenen Mitarbeiter vorgehe. Das rigide Vorgehen der DB sei auch deshalb so unbegreiflich, da die Wettbewerbsunternehmen durchaus bereit und in der Lage seien, ihre Mitarbeiter entsprechend zu entlohnen. So habe die GDL in jüngster Zeit Tarifverträge mit den Unternehmensgruppen Transdev, Netinera und Go-Ahead abgeschlossen, wobei die jeweils vereinbarten Konditionen exakt den Forderungen der GDL gegenüber der DB entsprechen.

Weselsky drängte das DB-Management, schnellstens ein verhandelbares Angebot unterbreiten: „Die Eisenbahner haben Anerkennung und Wertschätzung verdient. Sie fordern einen gerechten Anteil bei der Einkommenserhöhung, eine Corona-Prämie, Arbeitszeitverbesserung und den Schutz ihrer kleinen Betriebsrenten. Statt weiterhin Steuergelder sinnlos zu verbrennen, sollte die DB auf die GDL zugehen und endlich in die Eisenbahner, in die Zukunft des Eisenbahnsystems und in die Klimaziele investieren. Die Fahrgäste werden es ihr danken.“

Unterstützung erfährt die GDL weiterhin aus den Reihen des dbb. „Solidarität ist der Grundpfeiler des gewerkschaftlichen Miteinanders. Daher stehen wir auch in diesem Tarifkonflikt Seite an Seite mit der GDL. Der Mangel an

Wertschätzung der Deutschen Bahn gegenüber ihren Beschäftigten ist erschreckend. Den Plänen, die Betriebsrenten abzuschmelzen, muss die rote Karte gezeigt werden“, sagte etwa Andreas Hemsing, Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission, bei einer Kundgebung

der GDL am 24. August in Köln. Der dbb Hessen erklärte ebenfalls seine Solidarität mit den Streikenden. „Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen unserer Mitgliedsgewerkschaft“, sagt der dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt am 24. August 2021.

komba gewerkschaft

Frühkindliche Bildung: Qualität und Quantität finden nicht zusammen

Der aktuelle Ländermonitor der Bertelsmann Stiftung zur frühkindlichen Bildung zeigt: Entweder mangelt es an Plätzen oder an Rahmenbedingungen für qualitativ gute frühkindliche Bildung. Um beidem zu begegnen, braucht es vor allem mehr Kita-Beschäftigte, ist die komba gewerkschaft überzeugt.

Der am 23. August 2021 veröffentlichte Ländermonitor zeigt: Die Qualitätsstandards in der Kita-Landschaft sind bundesweit weiter ungleich. Während es im Westen zu wenig Kita-Plätze gibt, fällt der Personalschlüssel im Osten schlechter aus. Für beide Herausforderungen ist Personalgewinnung und -bindung unerlässlich. Laut Studienergebnissen besteht zwischen dem voraussichtlichen Personalbedarf und dem zu erwartenden Fachkräfteangebot allerdings eine Lücke von bundesweit mehr als 230.000 Erzieherinnen und Erziehern.

„Diese Prognose zeigt, dass es in diesem Jahrzehnt kaum möglich ist, dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen. Die Politik muss daher ihre ganze Aufmerksamkeit auf das Thema Personalgewinnung und -bindung richten“, sagte Sandra van Heemskerck, stellvertretende Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft und Vorsitzende des Fachbereiches Sozial- und Erziehungsdienst. Um die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, fehle es beispielsweise an Berufs- und Fachschullehr-

kräften. Außerdem erhöhe sich der Personalbedarf mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder ab 2026 zusätzlich.

Diese Zahlen könnten zudem um einiges höher ausfallen, da die Datenerhebung des Ländermonitors vor Beginn der Corona-Pandemie erfolgte (Stichtag: 1. März 2020). „Wir wissen, dass gerade während Corona zahlreiche Fachkräfte mit dem Gedanken gespielt haben, das System zu verlassen. Einige haben es auch getan“, erläuterte van Heemskerck. Daran zeige sich, wie wichtig neben der Fachkräftegewinnung auch die Personalbindung ist. Die Kita-Beschäftigten bräuchten insgesamt bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen, attraktive Verdienstmöglichkeiten und berufliche Perspektiven. Notwendige finanzielle Mittel für den Fachkräftebedarf könnten nicht zuletzt weiter aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ kommen. Die komba unterstütze daher ausdrücklich die Forderung der Bertelsmann-Stiftung, die entsprechende Förderung des Bundes über das Jahr 2022 fortzusetzen.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Politische Gespräch zur Zukunft des Zolls – Wahlprüfsteine veröffentlicht

Der BDZ wirbt bei der Politik weiter intensiv für die Belange der Zöllnerinnen und Zöllner. So auch im Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Sebastian Brehm, dem Finanz- und Haushaltspolitischen Sprecher der CSU-Landesgruppe.

Brehm und der stellvertretende BDZ Bundesvorsitzende Thomas Liebel stimmten überein, dass die etwa rund 44.000 Zöllnerinnen und Zöllner regelmäßig eine Erfolgsbilanz vorweisen, die „sich sehen lassen kann“, wie die BDZ am 20. August 2021 mitteilte. Und das, obwohl

ständig Aufgaben neu hinzukämen oder bestehende erweitert würden, etwas im Bereich der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, der Geldwäschebekämpfung. Auch die Auswirkungen des Brexits sowie die Abschaffung steuerrechtlicher Freigrenzen im eCommerce auf die Zoll-

abfertigung seien herausfordernd. Brehm unterstützte daher die BDZ-Forderungen für die kommende Legislaturperiode nach Stellenaufwuchs, durchlässigeren und flexibleren Fortkommensmöglichkeiten, der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sowie einer Steuerbefreiung von Zuschlägen bei Dienst zu wechselnden Zeiten.

Einigkeit bestand zudem, dass es angesichts der exorbitant angestiegenen Verdachtsmeldungen bei der Financial Intelligence Unit (FIU) risikobasierender Analysemethoden bedürfe, die technisch unterstützt und perspektivisch gesetzlich verankert werden müssen. Einer möglichen Rückverlagerung der FIU zum Bundeskriminalamt widersprach Brehm ausdrücklich. Liebel wies darauf hin, dass alles andere auch lediglich zur Verunsicherung der betroffenen Beschäftigten führen würde.

Große Sorgen bereitete beiden Gesprächspartnern die zunehmende Gewalt gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Hier brauche es eine politische Gesamtstrategie, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates besser vor physischer und psychischer Gewalt zu schützen. Dazu zähle auch eine situationsbedingte Anpassung des Einsatzmaterials und eine verbesserte finanzielle Entschädigung für besondere Erschwernisse und Gefahrensituationen im Dienstalltag.

Mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl hat die BDZ für ihre Mitglieder zudem bei den im Bundestag vertretenen freiheitlich-demokratisch gesinnten Parteien gezielt Position abgefragt. Dabei geht es etwa um die Herausforderungen des Zolls, die Perspektiven für Beschäftigte der Bundesfinanzverwaltung, die Arbeitszeit von Bundesbeamteninnen und -beamten sowie die Digitalisierung im Dienstalltag. Die Fragen und Antworten gibt es auf bdz.eu

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Verzinsung von Steueransprüchen: Karlsruhe schafft Klarheit

Der DSTG Bundesvorsitzende und dbb Vize Thomas Eigenthaler hat am 18. August 2021 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) begrüßt, laut dem gesetzlich angeordnete Zinshöhe von 6 Prozent pro Jahr ab dem 1. Januar 2014 mit dem Grundgesetz unvereinbar ist.

„Endlich haben wir Klarheit und wissen, wie die Finanzämter mit Zinsbescheiden und mit Einsprüchen in dieser Sache umzugehen haben“, so Eigenthaler. „Nachdem schon das höchste Fachgericht in Steuersachen – der Bundesfinanzhof – die Höhe der Zinsen für verfassungswidrig hielt, war damit zu rechnen, dass eine gesetzliche Zinshöhe von 6 Prozent pro Jahr keinen Bestand haben wird.“ Das Urteil gelte sowohl für Nachzahlungszinsen wie auch für Erstattungszinsen.

Bemerkenswert sei an diesem Beschluss, dass das Gericht die Verzinsungsvorschriften trotz Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz im Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2018 fortgelten lässt. Für diesen Zeitraum sei der Gesetzgeber nicht zu einer Neufassung des Gesetzes verpflichtet. Für die Steuerjahre

2014 bis 2018 gelte also – trotz Verfassungswidrigkeit – das aktuelle Verzinsungsrecht weiter. Für Verzinsungszeiträume ab 2019 wurde der Gesetzgeber jedoch aufgefordert, spätestens bis zum 31. Juli 2022 eine Neuregelung zu treffen.

„Mit dieser zeitlichen Differenzierung können die Finanzämter leben“, sagte der DSTG Chef. „Diese Vorgabe aus Karlsruhe stellt sicher, dass wir Rechtsklarheit für die Vergangenheit haben und nicht alte Steuerfälle wieder aufrollen müssen. Eine neue Bundesregierung nach der Bundestagswahl hat jedoch nun schon den zweiten Auftrag aus der Vergangenheit auf ihrem Tisch und muss sich kümmern.“ Neben der Verzinsung müsse nämlich nach Aussage des Bundesfinanzhofs auch die Rentenbesteuerung neu justiert werden.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Kitaleitungs-Studie: Dramatische Personalunterdeckung

Am 24. August 2021 wurde beim Deutschen Kitaleitungskongress (DKLK) in Düsseldorf die gleichnamige Studie vorgestellt. Die Umfrage zeigt, dass es trotz des Gute-Kita-Gesetzes der Bundesregierung immer noch erheblichen Personalmangel in vielen Einrichtungen gibt.

„40 Prozent der Kitaleitungen geben an, dass sie in mehr als einem Fünftel der Zeit wegen Personalunterdeckung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen können. Das heißt, an mindestens einem Tag pro Woche ist die Aufsicht in diesen Kindertageseinrichtungen nicht mehr entsprechend den gesetzlichen Vorgaben garantiert“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE. „Allein diese Zahlen machen deutlich: Erwartungen, die die Politik vor allem mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz geschürt hat, wurden vielfach nicht erfüllt. Dass Gelder aus dem Gesetz von vielen Ländern nicht in dringend notwendige Verbesserungen der Kita-Qualität und stattdessen in eine Senkung oder Abschaffung der Elternbeiträge investiert wurden, unterstreicht den Etikettenschwindel des Gesetzes und ist eine klare politische Fehlentscheidung.“

Weitere 72 Prozent der Kitaleitungen gaben demnach außerdem an, dass sich der Personalmangel in den vergangenen 12 Monaten verschärft habe. Träger würden heute Personal einstellen, welches vor Jahren wegen mangelnder Passgenauigkeit nicht genommen worden wäre, so die Wahrnehmung von 46,9 Prozent der Befragten. Eine nahezu logische Konsequenz ist, dass die hohe Arbeitsbelastung der pädagogischen Fachkräfte zu höheren Fehlzeiten und Krankschreibungen führt, so

die Bewertung von 87,6 Prozent der befragten Kitaleitungen. Dass der dramatische Personal-mangel an Kitas die Fachkräfte und die Kinder gleichermaßen betrifft, zeigt auch der Blick auf die Fachkraft-Kind-Relation: Trotz Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr schätzen nach wie vor 80 Prozent der Befragten diese als schlechter ein, als es die wissenschaftlichen Empfehlungen für das Betreuungsverhältnis vorgeben (U-3-Bereich: 1:3; Ü-3-Bereich: 1:7,5).

Die Ein- und Auswirkungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie haben die Herausforderungen für Kitaleitungen zusätzlich erschwert. Als größtes Problem benennen fast 80 Prozent der Befragten ständig wechselnde und/oder unklare Vorgaben und damit fehlende Planungssicherheit. 27 Prozent der Befragten geben an, dass eines der drei größten Probleme in der Pandemie sei, dass sich Eltern nicht an die Vorgaben hielten. „Das zeigt, dass sich der Frust in Teilen der Gesellschaft über bestehende ‚Coronaregeln‘ vielfach an Kita und Schule entladen hat. Das darf nicht sein“, so Beckmann.

Weitere Ergebnisse, den Link zur Studie und den sich daraus ergebenden Forderungskatalog gibt es auf vbe.de.

Deutscher Philologenverband (DPvH) Neue Schulfinanzierung gefordert

Der Streit um die Kosten der Luftfilter in den Schulen sei nur ein Symptom der ungleichen Schulfinanzierung, betonte am 9. August 2021 die DPhV Chefin Susanne Lin-Klitzing, die auch Vorsitzende der dbb Fachkommission Bildung ist.

„Egal, ob bei der aktuellen Diskussion um die Finanzierung der Luftfilter oder beim 2019 geschlossenen DigitalPakt Schule: Zuschüsse vom Bund sind zwar unverzichtbar. Diese Maßnahmen allein lösen jedoch die Probleme nicht, sondern bekämpfen vielmehr deren Symptome“, zeigte sich die DPhV Bundesvorsitzende überzeugt. Die Pandemie wirke wie

ein Brennglas auf die bereits lange bestehende, ungleiche Schulfinanzierung. Deren Kernproblem sei die grundsätzliche Finanzierung der Schulen durch die kommunalen Schulträger. „Nun fehlen in Ländern und Kommunen die Gelder, die es aktuell für die Ko-Finanzierung der Bundesgelder braucht. Der Ist-Zustand führt zu immer größeren Ungleichhei-

ten in den Rahmenbedingungen für die schulische Bildung“, erklärte Lin-Klitzing und sprach sich deshalb für eine Neuausrichtung der Schulfinanzierung in Deutschland aus.

„Ich bin eine starke Befürworterin des Bildungsföderalismus. Die Ausstattung der Schulen muss aber bundesweit ein nahezu einheitliches Niveau erreichen“, erklärte die Bildungsexpertin weiter. Ohne vergleichbare Rahmenbedingungen könne es keinen fairen Wettbewerbsföderalismus geben. „Der DigitalPakt Schule und die Anti-Corona-Maßnahmen beheben die großen Ausstattungsunterschiede zwischen den Schulen nicht, denn viele Städte und Gemeinden können sich den Eigenanteil an der Schulfinanzierung schlichtweg nicht leisten. Reiche Gemeinden können nun Bundesmittel abrufen und ihre Schulen auf ein digitales Topniveau bringen oder auch den Einbau

von Luftfilteranlagen gewährleisten sowie als Personal ‚digitale Hausmeister‘ einstellen. Arme Gemeinden können dies nicht.“ Lin-Klitzing forderte einen Schulpakt: „Wir müssen über die Ko-Finanzierung und einen föderalen Schulpakt reden, der einen unbürokratischen Ausgleich sicherstellt.“ Das gegenwärtige System von Investitionen in die schulische Infrastruktur verstärke die Ungleichheit. „Wir zementieren sonst ungleiche Lebensverhältnisse in unserem Land, die unser Grundgesetz eigentlich ausschließt. Die kommunalen Schulträger benötigen dringend zweckgebundene Ressourcen, unabhängig von der allgemeinen Finanzlage der jeweiligen Gemeinden.“ Bei dieser Frage gehe es nicht nur um Chancengleichheit für die Kinder, sondern auch um die Perspektiven regionaler Entwicklung.

Namen und Nachrichten

Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtensyndikats (BBB), **Rainer Nachtigall**, und seine Stellvertreterin Claudia Kammermeier haben sich am 25. August 2021 zu einem Gespräch mit dem Bayerischen Richterverein, vertreten durch die Vorsitzende Andrea Titz und ihre Stellvertreterin Lore Sprickmann Kerkerinck, getroffen. Dabei wurden verschiedene aktuelle Themen besprochen, die beide Organisationen gleichermaßen betreffen und daher künftig gemeinsam angegangen werden sollen.

Der Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr (VBB) hat am 19. August 2021 mitgeteilt, dass die neue Bundesvorsitzende der dbb Mitgliedsgewerkschaft, **Imke von Bornstaedt-Küpper**, sich zu einem ersten

persönlichen Gespräch mit Gerd Hoofe, Staatssekretär im Verteidigungsministerium, getroffen hat. Thema war die aktuelle Lage in Afghanistan, wo in den vergangenen Jahren auch 2.350 Zivilbeschäftigte der Bundeswehr tätig waren. Außerdem äußerte von Bornstaedt-Küpper den Wunsch, das Format der Koordinierungsgruppensitzungen wiederaufleben zu lassen. Hier waren Verbände und Gewerkschaften in der Vergangenheit über Vorhaben der Ministeriumsspitze von übergeordneter Bedeutung informiert worden. Unter dem Eindruck etlicher Beschwerden von Beschäftigten meldete die VBB Chefin zudem Gesprächsbedarf hinsichtlich der Vorgaben zur Altersteilzeit und zum vorzeitigen Ruhestand bei Beamtinnen und Beamten an.

Termine:

26. August 2021

Einkommensrunde 2021: Bekanntgabe der gewerkschaftlichen Forderungen

Mehr Informationen unter

www.dbb.de/einkommensrunde

6./7. September 2021

13. dbb Forum Personalvertretungsrecht: Aufbruch – Interessenvertretung im öffentlichen Dienst der Zukunft

dbb forum berlin

Mehr Informationen unter:

www.dbb.de/der-dbb/events/forum-personalvertretungsrecht.html

7. September 2021

Pressekonferenz zur dbb Bürgerbefragung 2021

mit dbb Chef Ulrich Silberbach und forsa Geschäftsführer Manfred Güllner
Themen sind u.a. Beamtenimage, Berufe-Ranking, „Was wählt der öffentliche
Dienst?“

5. Oktober 2021

6. Seniorenpolitische Fachtagung: „Mobil sein - neue Wege gehen“

Weitere Informationen folgen.

8. Oktober 2021

Einkommensrunde 2021: 1. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde

Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde